

DIE DDR AUS SKANDINAVISCHER SICHT.  
ÜBERLEGUNGEN ANHAND DER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN  
SKANDINAVISCHEN LÄNDERN UND DER DDR.<sup>1</sup>

Karl Christian Lammers

Bekanntlich strebte die DDR eifrig danach, im westlichen Ausland als zweiter und gleichberechtigter deutscher Staat anerkannt und respektiert zu werden. Für viele Jahre blieb das meist ohne Erfolg; es gelang ihr nicht richtig, die DDR in den skandinavischen Ländern ins rechte Licht zu setzen. So trug ein 1984 erschienenes dänisches Buch über die DDR den doch vielleicht vielsagenden Titel: „Die DDR – unser unbekannter Nachbar“.<sup>2</sup> Der Titel spiegelte sicherlich eine weitverbreitete Unwissenheit und Unkenntnis der Dänen über die Entwicklung und die Verhältnisse im zweiten deutschen Staat wider. Dem versuchte das Buch abzuwehren, indem es die DDR politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell in einer Weise beschrieb, die die DDR bei weitem nicht in einem allein negativen Licht erscheinen ließ.

Noch bezeichnender ist, daß eine erst kürzlich erschienene Untersuchung der dänisch-deutschen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert praktisch kein Wort über die DDR verliert, obwohl der Verfasser behauptet, daß Dänemark als einziges westeuropäisches Land an beide deutsche Staaten grenze. Aus dänischer Sicht gab es in erster Linie die Bundesrepublik Deutschland, die DDR war nur indirekt sichtbar.<sup>3</sup>

Auf der anderen Seite war die DDR jedoch der dänischen politischen und wirtschaftlichen Elite keine unbekannt GröÙe, da es auf dieser Ebene vielseitige Kontakte gab, nämlich vor allem kulturelle, sportliche und gesellschaftliche und nicht zuletzt nicht unbedeutende Handelsbeziehungen, während die politisch-staatlichen Beziehungen eher pragmatisch und kühl waren.

<sup>1</sup> Geringfügig veränderter Vortrag, gehalten am 9.2.1995 im Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien, Potsdam.

<sup>2</sup> DDR – vor ubekendte nabo, udg. af J.-J. Jensen, Esbjerg 1984. Bereits 1977 hatte Jensen eine Anthologie, DDR – det andet Tyskland (Die DDR – das andere Deutschland), Esbjerg 1977, herausgegeben, die über die DDR informierte.

<sup>3</sup> Steen Bo Frandsen, Dänemark – auch der kleine Nachbar im Norden, Darmstadt 1994, S. 198. Auch in der neuesten Untersuchung von Poul Villaume, Allieret med forbehold. Danmark, NATO og den kolde krig. En studie i dansk sikkerhedspolitik 1949-1961 (Alliierte mit Vorbehalt), Kopenhagen 1995, wird das Verhältnis Dänemarks zur DDR nicht einbezogen.

Dies nur als Ausgangspunkt, um einige vorläufige Überlegungen zu den skandinavischen Einschätzungen der DDR und der Politik der Skandinavien gegenüber der DDR vorzulegen.<sup>4</sup> Die Überlegungen müssen auch deshalb vorläufig sein, weil die Quellenlage zu dieser Problematik noch nicht hinreichend geklärt und zugänglich ist und weil das Thema auch nicht von der historischen Forschung her ausgiebig erforscht worden ist.<sup>5</sup> Die skandinavische Sicht soll im Folgenden mit dem Bereich der staatlichen und nicht-staatlichen Verbindungen veranschaulicht werden.

Skandinavien oder genauer die drei nordischen Länder an der Ostsee waren seit Mitte der fünfziger Jahre eines der Gebiete, denen eine hohe Priorität in der Außenpolitik der DDR zugesprochen wurde. Vor allem in der Neutralitätspolitik Finnlands und Schwedens schien die DDR Ansatzpunkte für eine Normalisierung der Beziehungen zumindest zu den „kapitalistischen Ostseestaaten“ zu sehen. Es bestand die Hoffnung, daß sie, indem sie in diesem Bereich den erhofften Durchbruch in den Beziehungen zum kapitalistischen Ausland erbrachten, eine Art Brückenfunktion zum Westen bilden konnten. Es wurde versucht, auf die skandinavischen Länder u.a. durch die Parole „Ostsee – Meer des Friedens“ einzuwirken.<sup>6</sup>

Die Erfolgsaussichten einer solchen Politik waren aber grundlegend von der Stellung der nordischen Länder in der Ost-West-Auseinandersetzung bedingt. Deshalb zuerst einige Vorbemerkungen, um diesen allgemeinen Hintergrund aufzuzeigen. Einmal lagen aufgrund ihrer eigenen, lange gewachsenen demokratischen Traditionen die Sympathien der skandinavischen Länder – trotz Kritik und gewissen Zweifeln<sup>7</sup> – nach 1949 bei der Bundesrepublik, die in ihren Augen demokratisch legitimiert war, jedoch nicht bei der DDR, die einigen Beobachtern nur als Staatsgebilde der Sowjetunion, wenn nicht sogar als sowjetischer Satellitenstaat erschien. Das rückte die DDR in ein grundsätzlich schlechteres Licht als die Bundesrepublik, zumal die DDR sich auch nach außen hin absonderte.<sup>8</sup>

<sup>4</sup> Zu den skandinavischen Staaten wird hier auch Finnland gerechnet.

<sup>5</sup> Vgl. zu dieser Problematik insbesondere Martin Säter, Nordeuropa, in *Drei Jahrzehnten Außenpolitik der DDR*, hrsg. von H.-A. Jacobsen u.a., Köln 1979, S. 501ff, die vor allem auf ostdeutschen Quellen fußt; ferner Nikolaj Petersen, *Deutschland-Politik aus nordischer Sicht*, Europa-Archiv 1977, S. 285-292; Martin Säter, *Die Deutschlandfrage aus skandinavischer Sicht*, Oslo 1984, sowie Dirk Levensen, *Eine schwierige Partnerschaft. Die Bundesrepublik-Norwegen 1949-1966*, Kiel 1993, S. 259ff. Ferner Anm. 2 und 3.

<sup>6</sup> Nach den 'grundlegenden Leitgedanken' zur Nordeuropapolitik der DDR, hrsg. vom 24. Plenum des ZK der SED 1955, zit. bei Jacobsen, S. 80. Vgl. zur DDR-Außenpolitik generell das Nachschlagewerk von Jacobsen (Anm. 5).

<sup>7</sup> Vgl. hierzu u.a. Karl Christian Lammers, *Nationale Minderheiten im friedlichen Zusammenleben*, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande*, 1993, S. 131ff, Villeneuve, S. 223ff.

<sup>8</sup> Vgl. hierzu u.a. Petersen, S. 285.

Nun wird internationale Politik bekanntlich nicht von Sympathien, sondern von nationalen Interessen und Erfordernissen bestimmt. Deshalb sollten die erheblichen Unterschiede in der außen- und sicherheitspolitischen Stellung der skandinavischen Länder nicht übersehen werden, weil diese entscheidend die Deutschlandpolitik (und dadurch auch die DDR-Politik) des jeweiligen Landes mitbestimmen. Die westlich gelegenen Staaten Dänemark und Norwegen waren bekanntlich Gründungsmitglieder der NATO und dadurch an die westalliierte Deutschlandpolitik gebunden. Schweden, das sich stark für ein blockneutrales nordisches Verteidigungsbündnis eingesetzt hatte, verblieb nach 1949 neutral zwischen den Blöcken<sup>9</sup>, während Finnland auch auf Grund des finnisch-sowjetischen Freundschafts- und Beistandsvertrages von 1948 für eine sowjetfreundliche, aber nicht sowjetabhängige Neutralitätspolitik stand.

Im folgenden soll es zunächst darum gehen, diese Problematik an Hand der staatlichen, also zwischenstaatlichen Beziehungen zu veranschaulichen.

Keiner der skandinavischen Staaten war der Aufforderung der ersten DDR-Regierung Ende Oktober 1949 gefolgt, die DDR anzuerkennen und diplomatische Beziehungen mit ihr aufzunehmen. Im Zeitalter der verschärften Ost-West-Spannungen waren sie auch nicht in ihrer Deutschlandpolitik selbständig und souverän in ihren Entscheidungen. Für die beiden NATO-Länder Dänemark und Norwegen war die Deutschlandpolitik zuerst Bündnispolitik. Sie wurde als Teil der Bündnispolitik definiert, was einen Alleingang schlicht nicht zuließ, nachdem das Bündnis sich in der deutschen Frage auf die Seite der Bundesrepublik gestellt hatte.<sup>10</sup> Dem neutralen Schweden lag daran, nicht seine Beziehungen zur Bundesrepublik durch eine Anerkennung der DDR zu gefährden. Deshalb beinhaltete ihre bündnisfreie Außenpolitik keine gleichwertige Behandlung beider Staaten.

Die Lage Finnlands war ganz anders. Es stand unter starkem sowjetischen Druck, die DDR anzuerkennen. Das gilt insbesondere für die Zeit nach 1955, als die Sowjetunion anscheinend endgültig ihre Zwei-Staaten-Politik in Deutschland formuliert hatte. Dem sowjetischen Drängen kam Finnland nur unwillig und indirekt entgegen, indem es bis 1972 als einziges westliches Land auch die Bundesrepublik nicht diplomatisch aner-

<sup>9</sup> Nicht aber in der Deutschland-Frage, wo Schweden nicht als neutral gelten konnte. Es hatte die Bundesrepublik 1949 anerkannt, nicht aber die DDR, und es lag ihm nicht daran, eine neutrale Haltung – wie beispielsweise Finnland – gegenüber den beiden deutschen Staaten einzunehmen.

<sup>10</sup> So später: *Deutschlandfrage*, S. 10.

kannte und somit implizit die deutsche Zweistaatlichkeit ad notam nahm. Dadurch wurde zugleich der DDR die Möglichkeit genommen, ihrerseits Druck auf Finnland auszuüben, um die Anerkennung zu erreichen.

Finnland hatte jedoch kurz nach der Staatsgründung der DDR staatliche Verbindungen mit ihr aufgenommen. Das erste Handelsabkommen wurde zusammen mit einem Zahlungsabkommen am 15. 10. 1949 vereinbart. Das bedeutete zugleich die erste zwischenstaatliche Vereinbarung der neuen DDR mit einem nicht-sozialistischen Staat. Auf diesem Gebiet vertieften sich die Beziehungen zusehends, obwohl der Umfang des Handels eher bescheiden war. 1953 wurden gegenseitige Handelsvertretungen, die auch konsularische Funktionen zu erfüllen hatten, vereinbart. Da die Bundesrepublik bereits über ein Generalkonsulat in Helsinki verfügte, waren somit beide deutsche Staaten mit dem gleichen Status in Finnland vertreten.<sup>11</sup>

In den anderen skandinavischen Ländern wurden alle Schritte, die in Richtung staatlicher und offizieller Anerkennung gedeutet werden konnte, sorgfältig vermieden. Das galt insbesondere für offizielle, d.h. staatliche Kontakte und zwischenstaatliche Beziehungen.

Die Anerkennungs-Problematik war in den fünfziger Jahren die zentrale Frage, sowohl bei der DDR als auch bei der Bundesrepublik, die – wie wir es am Beispiel Norwegens kennen –, die Norweger unter Druck setzen würde, falls sich etwas entwickelte, das staatlicher oder offizieller Anerkennung ähnelte. Beispielsweise 1956, als ein Handelsrepräsentant im Auftrag der ostdeutschen Regierung nach Oslo geschickt wurde, was die Bundesregierung offenbar beunruhigte. Die Bundesrepublik intervenierte sofort bei der norwegischen Regierung und setzte sie unter Druck, um eine ostdeutsche Handelsvertretung zu verhindern. Ähnliches ließe sich ohne Zweifel auch für Dänemark belegen.<sup>12</sup> Daß dies so war, wirkte sich zu Beginn der fünfziger Jahre hinderlich für die Anknüpfung normaler Beziehungen auch auf anderen Gebieten wie Handel und Wirtschaft, Kultur und Sport aus, wobei der Sport oft eine Ausnahme darstellte. Finnland hingegen praktizierte eine weit engere Zusammenarbeit mit der DDR, z.B. im Wissenschaftsbereich.

<sup>11</sup> Übrigens war es auch der Bundesrepublik klar, daß es nicht möglich war, die Handelsniederlassung und das Generalkonsulat in den Rang einer Botschaft zu erheben, weil ein solcher Schritt automatisch eine entsprechende Umformung der ostdeutschen Niederlassung nach sich ziehen würde. Zit. bei Levsen, S. 261.

<sup>12</sup> Vgl. Levsen, S. 261. Das kam auch auf andere Weise zum Ausdruck. Als Dänemark 1978 ein Kulturabkommen mit der DDR abschließen wollte, wurde der Vertrag zuerst der Bundesrepublik vorgelegt, die keine Einwände hatte.

Obwohl keine offiziellen Kontakte oder Verbindungen mit der DDR möglich waren – insbesondere nicht für Dänemark und Norwegen, die seit 1955 mit der Bundesrepublik in der NATO verbündet waren – was sie von Alleingängen in der Deutschlandfrage abhielten –, gelang es der DDR vor allem über engere wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen, Schritt um Schritt ihren Status zu verbessern und inoffiziell aufgewertet zu werden.

Verfolgen wir aber zunächst die Frage der Anerkennung der DDR als selbständigen Staat: Die Haltung der skandinavischen NATO-Länder war – wie die der übrigen NATO – eindeutig, daß die sowjetische Besatzungszone kein selbständiger Staat sei. So wurde es 1958 in einem norwegischen Memorandum über das Verhältnis Norwegens zu Ostdeutschland formuliert. Allein die Bundesrepublik vertrete das deutsche Volk.<sup>13</sup> Eine Änderung konnte nur im Rahmen einer allgemeinen Änderung der Deutschland-Politik der NATO erfolgen. Ansonsten drohten bei einem Alleingang schwere Belastungen im Verhältnis zur Bundesrepublik, woran weder Norwegen noch Dänemark gelegen war. Insbesondere Dänemark, das Mitte der fünfziger Jahre mit der gegenseitigen Minderheiten-Regelung sein Verhältnis zur Bundesrepublik normalisiert und erheblich verbessert hatte, konnte hieran nicht interessiert sein. Anfang der sechziger Jahre erfolgte dann eine enge Verteidigungsgemeinschaft innerhalb der NATO, woran wiederum dem neutralen Schweden nicht gelegen war.

Dennoch veränderten sich die Beziehungen auch der übrigen skandinavischen Länder zur DDR erst mit der erfolgreichen Entspannungspolitik Anfang der siebziger Jahre. Die Regierungen in den skandinavischen Ländern wurden innenpolitisch stärker unter Druck gesetzt, indem z.B. Komitees für die Anerkennung der DDR entstanden, die auch prominente Persönlichkeiten aus den politischen Parteien einschloß. Das galt z.B. für den späteren dänischen Staatsminister Anker Jørgensen, der Vorsitzender einer großen Gewerkschaft war. Die Beziehungen verbesserten sich schließlich auf zwischenstaatlicher Ebene, indem es 1972-1973 zur Aufnahme regulärer diplomatischer Beziehungen und der Einrichtung von Botschaften kam.

Die führende Rolle Finnlands verdient hier hervorgehoben zu werden. Bereits im September 1971, als die Weichen für ein besseres Verhältnis der Bundesrepublik zu den osteuropäischen Staaten mit den Verträgen von Moskau und Warschau und mit dem Viermächte-Abkommen über Berlin gestellt waren, übermittelte die finnische Regierung gleichzeitig an beide

<sup>13</sup> Zit. bei Levsen, S. 262.

deutsche Staaten einen Vorschlag zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen sowie einen Entwurf zur Regelung der Beziehungen in ihrer Gesamtheit. Unter Hinweis auf die veränderte Lage in Europa wurde als Ziel der finnischen Initiative angestrebt – so der finnische Präsident Urko Kekkonen – eine „Gesamtregelung der Beziehungen“ zu erreichen, die „die endgültige Bereinigung des Erbes des Zweiten Weltkrieges herbeiführen sollte“. Dabei machte Finnland deutlich, daß es die diplomatische Anerkennung beider Staaten als die konsequente Weiterführung der Politik der Gleichbehandlung sowie der Neutralität betrachte. Es ging dabei – so Kekkonen weiter – von der Annahme aus, „daß das Endergebnis der Entwicklung in der deutschen Frage zwei deutsche Staaten sein werden, deren Beziehungen zur Außenwelt den allgemeinen Formen internationaler Praxis entsprechen“.<sup>14</sup>

Das war in der Tat eine überdeutliche finnische Markierung in der deutschen Frage. Während die Regierung der DDR wie selbstverständlich den finnischen Vorstoß begrüßte, verhielt die Bundesregierung sich noch lange Zeit zögernd. Folglich entwickelten sich zuerst die finnischen Beziehungen zur DDR. Nach langen gegenseitigen Verhandlungen kam es am 6. September 1972 zur Paraphierung sowohl eines Vertrages über die Regelung der Beziehungen zwischen Finnland und der DDR wie zu einer Absprache über die Aufnahme normaler gleichberechtigter diplomatischer Beziehungen. Die Abmachung wurde am 9. Dezember 1972 unterzeichnet. Noch bevor sie am 7. Januar 1973 in Kraft treten sollte, gelang es der finnischen Regierung die Bundesrepublik zur gleichzeitigen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu bewegen. Anfang 1973 hatte sich Finnlands Verhältnis zu den beiden deutschen Staaten normalisiert.

Auch danach betrieb Finnland eine Aufwertung der DDR. So empfing es 1974 den ostdeutschen Staatsratsvorsitzenden Willi Stoph zu einem Staatsbesuch, und im September 1977 stattete Präsident Kekkonen als erster westlicher Staatschef der DDR einen offiziellen Besuch ab.

Die anderen skandinavischen Länder warteten die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Staaten, einschließlich der DDR zunächst ab. Nachdem der Grundlagenvertrag 1972 vereinbart worden war, erklärten sie aber sofort ihre Bereitschaft, normale diplomatische Beziehungen mit der DDR einzugehen. Am 21. Dezember 1972 erkannte Schweden die DDR an, Dänemark folgte am 12. Januar 1973 und Norwegen zuletzt am 17. Januar 1973.

Damit waren normale zwischenstaatliche Beziehungen zwischen den skandinavischen Ländern und der DDR etabliert. Die Skandinavier hatten den Staat DDR anerkannt. Offiziell zogen die drei anderen Staaten aber nicht mit Finnland in der weiterreichenden Konsequenz mit, daß die deutsche Frage mit der Anerkennung zweier deutscher Staaten gelöst sei. Das konnten und wollten sie nicht, weil die Bundesrepublik ihnen wesentlich wichtiger war und weil sie den offiziellen Standpunkt der Bundesrepublik in dieser Frage teilten. Insbesondere Dänemark vertrat eine Politik der weitgehenden Anpassung an die Bundesrepublik<sup>15</sup> und es lag Kopenhagen nicht daran, das gute Verhältnis zu Bonn, das mit der Minderheitenregelung von 1955 und dem NATO-Einheitskommando 1962 geschaffen worden war, wegen der DDR zu trüben. Es stand Dänemark nicht zu – so die dänische Argumentation –, der Bundesregierung in dieser Angelegenheit Ratschläge zu erteilen.

Inoffiziell war es sicherlich Dänemark – wie den übrigen Ländern – nicht unerwünscht, daß damit aus der Sicht eines kleinen Nachbarstaates, für den Deutschland immer ein Problem gewesen war und noch sein würde<sup>16</sup>, eine Lösung der deutschen Frage gefunden worden schien, die das Problem verkleinerte und vielleicht ganz eliminierte. Diese in der dänischen Bevölkerung sicherlich verbreitete Stimmung brachte der dänische Ministerpräsident Poul Schlüter spontan zum Ausdruck, als er im November 1989 zuerst wissen ließ, daß eine deutsche Wiedervereinigung nicht im Interesse Dänemarks sei. Er wurde jedoch bald vom dänischen Außenminister korrigiert, da Dänemark politisch unzweifelhaft zur Wiedervereinigungspolitik der Bundesrepublik und zum nationalen Selbstbestimmungsrecht stand, das selbstverständlich auch für die Deutschen galt.<sup>17</sup>

Ob die nach 1973 erfolgte Aufwertung der DDR als selbständiger Staat auch Sympathie für die DDR widerspiegelte, muß jedenfalls für das offizielle Dänemark bezweifelt werden. Sicherlich auch für die anderen skandinavischen Länder. Auf der anderen Seite gab es natürlich bei einigen Dänen gewisse Sympathien für die DDR als das kleinere und sich friedlich gebende Deutschland – das Deutschland, das den Dänen oft aufgrund der deutschen Vergangenheit und der Kriege gegen Dänemark Angst ein-

<sup>15</sup> Vgl. das Kulturabkommen von 1978, das vorher den Deutschen vorgelegt wurde.

<sup>16</sup> Vgl. allgemein Troels Fink, *Deutschland als Problem Dänemarks*, Flensburg 1968. Ferner die Beispiele dieser dänischen Argumentation bei Per Øhrgaard, *Die Bundesrepublik in der heutigen Welt*, Kopenhagen 1989, S. 111ff.

<sup>17</sup> Zit nach Nikolaj Petersen, *Denmark and the New Germany, Cooperation or Adaption?*, Paper, University of Aarhus, 1994, S. 4.

<sup>14</sup> Zit. bei Säter, S. 505.

flößte, wurde allenfalls in der Öffentlichkeit eher mit der Bundesrepublik verbunden -, und dieses Bild wurde beispielsweise über die sogenannten „Ostseewochen“ in Rostock, über Lehreraustausch und Einflußnahme auf Lehrbücher, z.B. in Geographie usw., vermittelt.

Die Aufwertung der DDR war viel eher von Pragmatismus und nationalem Eigeninteresse, ein gut nachbarliches Verhältnis zur DDR zu haben, getragen, das beispielsweise für Dänemark und Schweden als Transitland eine gewisse Rolle spielte. Nach der Normalisierung der Verbindungen 1972 erfolgte ein Ausbau der Beziehungen mit gegenseitigen Regierungsabkommen in den Bereichen Außenhandel und -wirtschaft, industrieller und technischer Zusammenarbeit sowie über den Flugverkehr, Fährverkehr, Zahlungsverkehr usw. Das letztere galt nur begrenzt für Dänemark, das seit 1973 Mitglied der EG war, denn Außenhandelsabkommen gehörten in die Kompetenz der EG. Dazu kamen noch andere zwischenstaatliche Abkommen auf den Gebieten Kultur (1978), Wissenschaft, Medizin und Sozialpolitik, die zu einer Verbreiterung der Beziehungen beitrugen.

Eine andere Seite betrifft die nicht-staatlichen Beziehungen. Obwohl neben Finnland die drei anderen skandinavischen Länder anfänglich nicht bereit waren, Beziehungen mit der DDR auf staatlicher oder „regierungsnaher“ Ebene einzugehen, wurden die Beziehungen seit den fünfziger Jahren immer enger. So wurden die wirtschaftlichen und handelsmäßigen Verbindungen intensiviert und auch institutionalisiert, da das unumgänglich war, als der Außenhandel der DDR über das zentrale Außenhandelsministerium abgewickelt wurde. Die Handelsbeziehungen liefen über nicht-staatliche, aber staatlich sanktionierte Organisationen in den drei Ländern. Dazu gehörten die sogenannte „Sukab-AB“ (Schweden) und „Norsk Kompensasjonsselskap“ (Norwegen), in Dänemark waren vier Interessenorganisationen, nämlich „Industrirødet“, „Landbrugsrødet“ (Landwirtschaft), „Grosserer-Societetet“ und „Provinshandelskammeret“ (Großhandel), hierfür zuständig. Diese Organisationen funktionierten als eine Art inoffizielle Handelsvertretungen gegenüber den Ostdeutschen, und sie gingen Handelsvereinbarungen mit dem DDR-Außenhandelsministerium ein.

Auf diese Weise konnte der gegenseitige Außenhandel, insbesondere im Falle Schwedens spürbar erweitert werden. Für die DDR hatte diese Form aber den Nachteil, daß die Abmachungen in der Regel nur einjährige waren und somit nicht den Status regierungsoffizieller und langzeitiger Handelsabkommen hatten.

Seit den fünfziger Jahren gab es noch eine ganze Reihe von inoffiziellen Kontakten, die meistens über den Besuch skandinavischer Organisa-

tionen und Personen in der DDR verliefen. Es waren überwiegend Kontakte auf mittlerer und unterer Ebene. So existierten verschiedene Gewerkschaftskontakte zum ostdeutschen FDGB und natürlich Parteikontakte zwischen den kommunistischen Parteien Skandinaviens mit der SED. Die gewerkschaftlichen Beziehungen waren z.B. im Falle Dänemarks umfassend und vielfältig, was von den Westdeutschen genau beobachtet wurde.<sup>18</sup>

Darüber hinaus gab es außerdem unterschiedliche kulturelle und soziale Kontakte zur DDR. Sie wurden hergestellt durch die politisch umstrittene Teilnahme skandinavischer Gewerkschafter, Parteivertreter, Kulturpersönlichkeiten und Sportler an den seit 1958 jährlich organisierten Ostseewochen in Rostock. Diese Teilnahme wurde als Unterstützung zu der ostdeutschen (und sowjetischen) „Friedenspolitik“ gewertet.

Umstrittene Kontakte gab es ferner zum Nordischen Institut in Greifswald. Dabei lag sicherlich der DDR mehr an diesen Kontakten als den skandinavischen Ländern. Das Institut pflegte aber enge Verbindungen zu mehreren Universitäten in Skandinavien, erinnert sei nur an die Unterstützung des Nordischen Instituts durch skandinavische Institute und Wissenschaftler, als das Institut nach der Wiedervereinigung von einem Abbau oder sogar der Schließung bedroht war. Die Rolle des Nordischen Instituts als Informations- und Nachrichtenzentrale gegenüber den skandinavischen Ländern wurde aber nicht immer von den Skandinaviern erkannt. Umstritten war auch der Kontakt zwischen dänischen und ostdeutschen Lehrern. Es gab auch Verbindungen zur Gewerkschaft Bildung und Erziehung und eine Zusammenarbeit mit dem Haus des Lehrers in Ostberlin. Als Teil dieser Verbindung wurden Lehrerausbildungskurse und Sprachkurse für Schüler in der DDR durchgeführt, und dadurch sowie durch Unterrichtsmaterial in Fächern wie z.B. Geographie, wurde ein positiveres Bild von der DDR vermittelt.

Aus skandinavischer Sicht war die Bundesrepublik, nicht die DDR, das „richtige“ Deutschland. Allein Finnland versuchte die beiden deutschen Staaten als gleichberechtigt und gleichwertig zu behandeln. Die Bundesrepublik spielte sicherlich – direkt oder indirekt – eine entscheidende Rolle für die Einschätzung der DDR in Dänemark, Norwegen und Schweden. Die Deutschlandpolitik (und damit die DDR-Politik) der Bundesregierungen war vermutlich in weitem Umfang bestimmend für die skandinavische Politik gegenüber der DDR.

<sup>18</sup> Vgl. Anm. 12.

Wenn das skandinavische Bild von der DDR vielleicht dennoch nicht auf allen Ebenen ganz so eindeutig gewesen zu sein scheint, dann hat es vielleicht etwas mit dem allgemeinen Deutschlandbild in den skandinavischen Ländern zu tun. Schweden galt in dieser Beziehung immer als deutschfreundlich, Norwegen war nach 1945 eindeutig antideutsch, während Dänemark zuerst eher distanziert und deutschkritisch erschien. Die angesprochene Thematik läßt sich insbesondere am Beispiel Dänemarks veranschaulichen. Deutschland war stets ein außenpolitisches Problem für Dänemark, und obwohl sich dieses Problem nach offizieller Einschätzung allenfalls in der Nachkriegszeit und insbesondere nach 1955 abgeschwächt hatte, wurde es noch in den sechziger wie in den neunziger Jahren als *das* außenpolitische Problem Dänemarks gesehen.<sup>19</sup> Anscheinend wurde eine solche abgewogene Einschätzung nicht in der Bevölkerung geteilt.<sup>20</sup> Für sie stand die Bundesrepublik für die Fortsetzung des historischen Deutschlands. In der Kleinstaat-Perspektive ergab das andererseits eine gewisse und eher unausgesprochene Sympathie für die Existenz der DDR, obwohl Leute, die sich mit der DDR beschäftigten, wenig Sympathie für ihr politisches und gesellschaftliches System aufbrachten.

---

<sup>19</sup> Vgl. Petersen 1977, S. 291, ferner Per Ohrgaard, Die Bundesrepublik in der heutigen Welt, Kopenhagen 1990, s. 111 ff, Ritt Bjerregaard, Tyskland, Kopenhagen 1994.

<sup>20</sup> Vgl. Karl Christian Lammers, Deutschlandbild und Deutschlandforschung in Skandinavien, das in Geschichte und Gesellschaft, 1995, erscheint.